

12.04.2016

Bärbel Reimann

361-3313

L 4

Vorlage für die Sitzung des Senats am 19.04.2016

„Zwangsverheiratungen im Land Bremen“
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

Die Fraktion der CDU hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Strafanzeigen wegen Zwangsverheiratungen wurden seit 2011 in Bremen gestellt?
2. Wie viele Personen ließen sich 2014 und 2015 in welchen Beratungsstellen zum Thema Zwangsverheiratung beraten?
3. Welche Erkenntnisse hat der Senat über Vergleichszahlen aus Hamburg, Berlin und Niedersachsen?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) wurden 2011 und 2012 in Bremen keine Strafanzeigen zu Zwangsverheiratungen erfasst. 2013 und 2014 wurden jeweils zwei Strafanzeigen gestellt, 2015 eine.

Zu Frage 2:

2014 ließen sich im Land Bremen 46 Mädchen oder Frauen und sieben Jungen oder Männer beraten. 2015 nahmen 29 Frauen oder Mädchen sowie drei Jungen oder Männer die Beratung in Anspruch. In der Kürze der Zeit konnten allerdings nicht alle Beratungsstellen erreicht werden, außerdem ist die statistische Erfassung unterschiedlich. Gemeldet haben ihre Zahlen der AWO-Fachdienst Migration und Integration, das Mädchenhaus Bremen, das Bremer Jungenbüro, Schattenriss, das Frauenhaus Bremerhaven und die Bremerhavener Jugendhilfe. Dazu gab es einzelne Beratungen bei Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ), die nicht geschlechtsspezifisch erfasst sind.

Zu Frage 3:

In Niedersachsen wurden 2014 insgesamt 154 Personen und 2015 insgesamt 151 Personen zu Zwangsverheiratung beraten. Im Jahr 2011 wurden dort laut PKS 12 Strafanzeigen gestellt, im Jahr 2012 11 Strafanzeigen, 2013 14 Strafanzeigen und 2014 11 Strafanzeigen. Die Zahlen für 2015 sind noch nicht veröffentlicht.

Berlin hat für 2014 und 2015 keine Beratungszahlen vorliegen. Angezeigt wurden dort im Jahr 2011 15 Fälle, 2012 11 Fälle, 2013 11 Fälle und 2014 10 Fälle. Die Zahlen für 2015 sind noch nicht veröffentlicht.

In Hamburg wurden im Jahr 2014 108 Personen beraten, im Jahr 2015 88 Personen. Angezeigt wurden dort zwei Fälle im Jahr 2011, ein Fall im Jahr 2012, kein Fall im Jahr 2013, 4 Fälle im Jahr 2014 und sechs Fälle im Jahr 2015.